



@regularacional

Mit dem Regierungsplan von Perú Libre könnte die wirtschaftliche Situation des Landes in 5 Jahren der von Venezuela ähneln

Die Präsidentschaftskandidaten der zweiten Wahlrunde sind Keiko Fujimori der Partei Fuerza Popular und Pedro Castillo der Partei Perú Libre. Beide vertreten sie unterschiedliche wirtschaftliche Positionen. Keiko Fujimori befürwortet die Beibehaltung der sozialen Marktwirtschaft wie in der Verfassung festgelegt, allerdings mit leichten Veränderungen; Pedro Castillo seinerseits sieht einen Staat vor, der aktiv in die Wirtschaft eingreift, und schlägt dafür eine Verfassungsänderung vor. Infolge der großen Unsicherheit durch die Wahlen haben sich drei mögliche Post-Covid Wirtschaftsszenarien für Peru herausgebildet. Zum einen könnte die soziale Marktwirtschaft mit gewissen Veränderungen beibehalten werden. Zum anderen könnte sie durch eine staatlich intervenierte Wirtschaft wie in Venezuela und Argentinien abgelöst werden. Ein drittes Szenario sieht einen gemäßigten Wechsel zum wirtschaftlichen Staatsinterventionismus wie in Bolivien und Peru zwischen 2011 und 2016 vor.

Wie wirken sich die Vorschläge der Kandidaten auf die Wirtschaft aus?

Noch vor Bekanntgabe der Wirtschaftsmaßnahmen des Programms von Fuerza Popular wurde die Partei als Zentrumsparterie eingestuft, da eine mögliche Regierung unter Keiko Fujimori die soziale Marktwirtschaft fortführen würde und keine umfassenden, strukturellen Reformen zur Steigerung der wirtschaftlichen Freiheit vorsieht, weshalb die Wirtschaftsindikatoren ihre derzeitige Linie im Einklang mit den Prognosen des Internationalen Währungsfonds (IWF) beibehalten würden.

Tabelle 1. Beibehaltung der Wirtschaftsfreiheit und Fortführung der makroökonomischen Stabilität mit Keiko Fujimori

Regierungsprogramm		Unmittelbare Folgen	Wirtschaftsindikatoren
Außenpolitik	Beibehaltung der internationalen Abkommen	Beibehaltung der Marktöffnung	Die Marktöffnung hat wieder den Stand wie vor der Pandemie: 47% des BIP ^{1/}
Handelspolitik	Öffnung des Handels		
Finanz- und Währungspolitik	Finanzkonsolidierung	Reduzierung des Finanzdefizites und der Schuldenaufnahme	Reduzierung des Finanzdefizites von -6,9% des BIP auf -4,8% in 2021 und auf -1,4% bis 2026. ^{1/} Die Nettoschuld liegt unter 30% des BIP, 22,6% in 2021 und 26,6% in 2026. ^{1/}
	Stärkung der Sozialprogramme	Finanzielle Unterstützung der sozial schwachen Familien	Nach einer Schätzung von Macroconsult lebt 2020 26% der Bevölkerung in Armut, 2021 und



@regularacional

			2022 24%.
	Autonomie der Zentralbank	Die Wirtschaftsakteure erwarten die Beibehaltung der politischen Autonomie der Zentralbank. Gut verankerte Inflationserwartungen.	Die Inflation hält sich innerhalb der Zielrichtlinie von 1 bis 3%. ^{1/}
Rechtliche Regelung	Vereinfachungen bei Geschäftsgründungen	Peru steigt wie bereits in 2011 im Ranking "Doing Business" auf Platz 36 (2020: Platz 76).	Zunahme der Privatinvestitionen auf Vorjahresniveau: 16% des BIP 2021, Steigerung auf 19% des BIP (Niveau von 2011).
	Steuervereinfachungen zur Geschäftsformalisierung.	Auffächerung der Steuergrundlage. Die Steuereinnahmen entsprechen wieder dem Stand wie vor der Pandemie.	Die Staatseinnahmen betragen 2021 18% des BIP und steigen bis 2026 auf 19% des BIP. ^{1/}
	Der Staat reguliert, greift aber nicht ein.	Beibehaltung der sozialen Marktwirtschaft mit freier Privatinitiative. Peru hält Platz 50 des Index für Wirtschaftsfreiheit.	Peru hält Platz 50 des Index für Wirtschaftsfreiheit. Das BIP steigt 2021 um 8% und um 3,2% bis 2026. ^{1/}

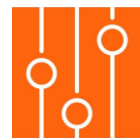
Quelle: BCRP, Weltbank, Regierungsprogramm Fuerza Popular, Heritage Foundation und IWF. Eigene Ausarbeitung.

1/ Anmerkung: Prognose IWF (April 2021)

Vor Bekanntgabe der Wirtschaftsmaßnahmen des Regierungsprogramms von Pedro Castillo wurde seine Partei als interventionistisch eingestuft. Nichtsdestotrotz herrscht große Ungewissheit bezüglich der Wirtschaftspläne des Kandidaten, da seine Darstellungen nicht konstant sind. Aus diesem Grund wurden zwei unterschiedliche Szenarien entwickelt: einmal hält sich der Kandidat an seinen Regierungsplan, womit er sich Venezuela und Argentinien annähert, oder er mäßigt seine Vorschläge und nähert sich den Regierungen der ehemaligen Präsidenten Ollanta Humala in Peru oder Evo Morales in Bolivien an.

Situation und Entwicklung der venezolanischen und argentinischen Wirtschaft:

Argentinien und Venezuela sind Wirtschaftsländer mit interventionistischem Staat und belegen in der Rangliste der Wirtschaftsfreiheit von 2021 jeweils den Platz 148 in der Gruppe der Länder



@regularacional

größtenteils ohne Wirtschaftsfreiheit und Platz 177 in der Gruppe der Länder mit wirtschaftlicher Unterdrückung. Beide teilen einige der Wirtschaftsmaßnahmen von Perú Libre, die in den letzten 20 Jahren durchgeführt wurden, wie zum Beispiel die Zunahme der staatlichen Planung in der Wirtschaft.

Im Fall von Venezuela hat sich der Staatsinterventionismus mittels staatlicher Kontrolle der Preise und der Wechselkurse auf die Rechtssicherheit und die Investitionsanreize im Land ausgewirkt, während die Unternehmensenteignungen (692 Unternehmen bis 2016) und die Enteignungen von Produktionsvermögen (wie landwirtschaftliche Flächen im Rahmen des Land- und Agrarentwicklungsgesetzes) direkt die Rohstoffindustrie betroffen haben, dessen Anteil am BIP von 21% 1997 auf 16% 2014 gefallen war, und die gleichzeitig die Steuerlast erhöhten, da der Großteil der enteigneten Unternehmen nicht produziert oder Minuszahlen schreibt. Andererseits hat der venezolanische Staat zwar generell den Import nicht verboten, entscheidet aber selbst über die Importgüter und importierte Produktionsmittel. Vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch wurden diese interventionistischen Maßnahmen mit Erdöl und Staatsschulden finanziert (Zahlungsunfähigkeit 2017). Als sich die Rohstoffe erschöpften und die Kredite gestrichen wurden, griff die Regierung auf die monetäre Finanzierung zur Deckung der Staatsschulden zurück, was 2018 eine Hyperinflation von 63,379% bewirkte (Abuelafia und Saboin, 2020). Die schlechte Wirtschaftspolitik führte nach Angaben der Weltbank zu einer sozialen Krise, dem Anstieg der Armut (60% der Bevölkerung 2003), mit Gewalt unterdrückten Protesten und der Auswanderung von ungefähr 4,6 Millionen Venezolaner/innen in der Zeit von 2016 – 2019.

Venezuela und Peru: reales pro Kopf BIP

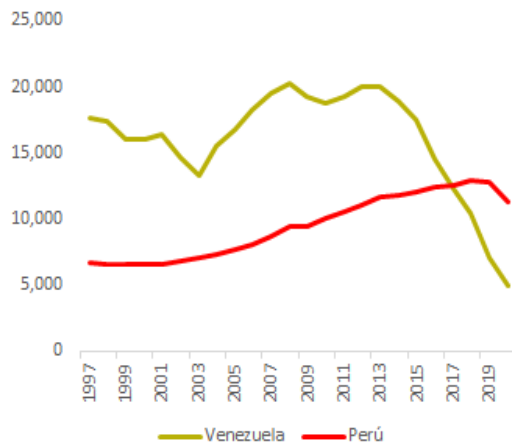
(PPP, USD 2017)

**Venezuela: Index der menschlichen
Entwicklung**

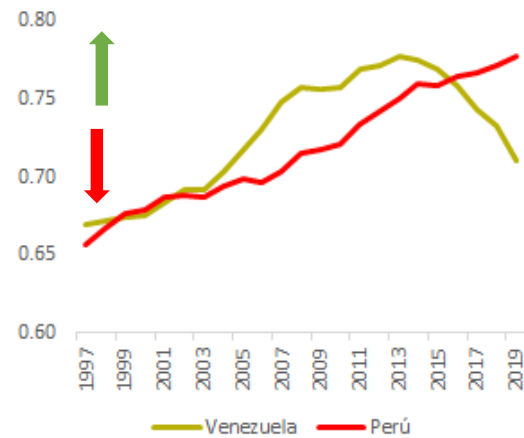
(1=bester Wert und 0=schlechtester Wert)



@regularacional



Quelle: Internationaler Währungsfond



Quelle: PNUD, *Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen*

In Argentinien interveniert der Staat ebenfalls durch die Kontrolle der Preise und Divisen, durch Enteignungen in bestimmten Wirtschaftssektoren, Subventionen, Starrheit des Arbeitsmarktes, neue Steuern und Autonomieverlust der Zentralbank. Diese Maßnahmen hatten die Erhöhung der öffentlichen Ausgaben zur Folge: von 25% des BIP im Jahr 2000 auf 41% 2020. Die Bruttoverschuldung stieg von 40% des BIP auf 102% und die jährliche Inflation erreichte 2020 42%, das Jahr in dem Argentinien seine Zahlungsunfähigkeit erklärte.

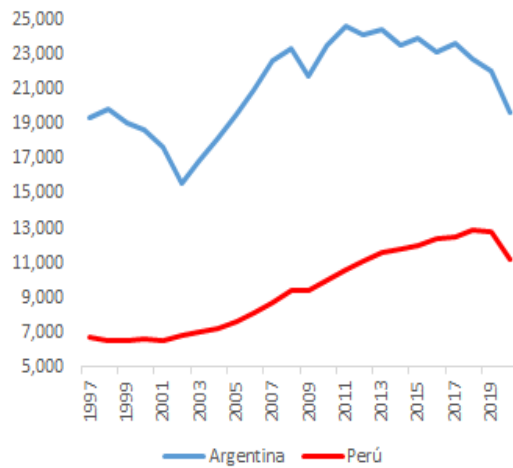
Argentinien und Peru: reales pro Kopf BIP

Argentinien und Peru: Entwicklungsindex



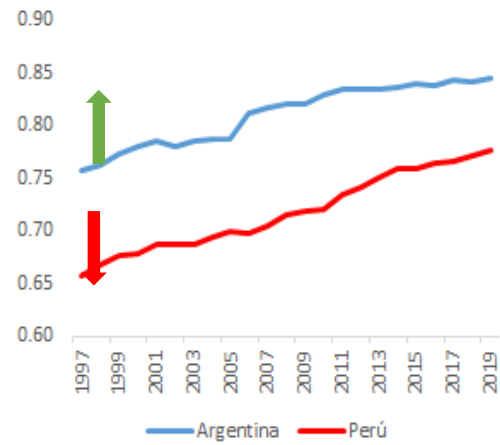
@regularacional

(PPP, USD 2017)



Quelle: Internationaler Währungsfond

(1=beste Entwicklung und 0=schlechteste)



Quelle: PNUD, *Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen*

Tabelle 2. Pedro Castillo erfüllt seinen Plan der radikalen Staatsintervention

Regierungsplan		Unmittelbare Folgen	Wirtschaftsindikatoren
Außenpolitik	Neuverhandlung der Auslandsverschuldung	Schließung der Wirtschaft für den internationalen Markt. Ein Importverbot führt zur Verringerung der Wirtschaftsöffnung, zur Beschränkung des Devisenmarktes und zum Bankrott der Importfirmen.	Eine Verringerung der Wirtschaftsöffnung reduziert 2021 alleine den Exportanteil des BIP auf 24%. Infolge sinken die Exporte weiter um 23% auf Grund von Sanktionen der Importländer von peruanischen Gütern, wie geschehen in Venezuela zwischen 2006 und 2014.
Handelspolitik	Überprüfung der Freihandelsabkommen, der Pazifik-Allianz und des Transpazifischen Partnerschaftsabkommens. Importstopp von Waren, die auch national hergestellt werden.	Güterknappheit, da das peruanische Inlandsangebot nicht die Nachfrage befriedigen kann.	Bankrott von 38.177 Importfirmen (35.000 Kleinstunternehmen) ^{1/} Güterknappheit, da das peruanische Inlandsangebot nicht die Nachfrage befriedigen kann, Preisanstieg (Inflation). Rekorsanstieg des



@regularacional

			Wechselkurses.
Finanz- u/o Währungs politik	Unternehmerstaat: Verstaatlichung u/o Nationalisierung der Wirtschaftssektoren. Auflösung des Privatrentensystems.	Gründung von öffentlichen Unternehmen, die keinen Gewinn erarbeiten und die Staatsausgaben erhöhen. Produktivitätsverlust.	Die Staatsausgaben übersteigen 20% des BIP und erreichen nach und nach die Durchschnittswerte der letzten 10 Jahre Argentinien (33%) und Venezuelas (35%).
	Zunahme der öffentlichen Ausgaben für Bildung und Gesundheit bis zu 10% des BIP in jedem Sektor.	Zunahme des Fiskaldefizites und der öffentlichen Schulden auf argentinischen und venezolanischen Stand.	Zunahme des Fiskaldefizites von 8% 2020 auf 16% 2021, also eine Verdopplung auf denselben Stand wie Venezuela 2001, und auch weiterhin zweistellig.
	Stärkung der Sozialprogramme		Die Bruttoverschuldung als Teil des BIP übersteigt 40% und wächst schrittweise bis über 100% wie in Argentinien (2020: 102%) und Venezuela (2020:304%)
	Ausgabe der internationalen Nettowährungsreserven (IWR)	Erhöhter Umlauf der Inlandswährung (Soles) in der Wirtschaft (bei gleichzeitiger Verminderung der IWR), und Autonomieverlust der Zentralbank.	Die jährliche Inflation übersteigt die Zweizifferschwelle wie in Argentinien (2019: 53%) und erhöht sich schrittweise auf Hyperinflationsphasen wie in Venezuela.
Rechtliche Regelung	Wettbewerb: Monopolverbot und Preisregulierung.	Es kommen keine privaten Investitionen ins Land und es entsteht ein Schwarzmarkt.	Die Privatinvestitionen gehen pro Jahr durchschnittlich um 1% zurück, ähnlich wie in Venezuela: von 17% des BIP im Jahr 2001 auf 6% des BIP im Jahr 2014.
	Steuerlast: Erhöhung der Einkommenssteuersätze der transnationalen Unternehmen	Zunahme der informellen Beschäftigung und Rückgang der privaten Investitionen.	In Argentinien beträgt die Einkommenssteuer 30% und in Venezuela 34%. Der Höchststeuersatz in Argentinien betrug 2015 35% des BIP und in



@regularacional

	auf 70% und Wegfall der Steuererleichterungen		Venezuela 38% im Jahr 2006. Seitdem sind die Steuereinnahmen in Argentinien auf 32% und in Venezuela auf 6% im Jahr 2020 zurückgegangen.
	Beschäftigung: Zunahme der Arbeitsmarktstarrheit. Mindestlohn nicht weniger als der zwanzigste Teil des Unternehmergehaltes.	Perus Index der Beschäftigungsfreiheit sinkt, die Arbeitslosigkeit steigt auf Werte wie in Argentinien und Venezuela.	2018 lag die Arbeitslosigkeit in Venezuela bei 35%, nachdem sie 2014 auf einen Tiefstand von 6,7% gefallen war. In Argentinien betrug die Arbeitslosigkeit 2018 9,8%. Zu erwarten ist, dass die Arbeitslosigkeit in Peru ähnliche Höhen erreicht wie in Argentinien und Venezuela.
	Wirtschaftsplanung	Peru fällt in der Rangliste der Wirtschaftsfreiheit in die Gruppe der Länder größtenteils ohne Wirtschaftsfreiheit und mit wirtschaftlicher Unterdrückung.	Das BIP Perus fällt um 9% ähnlich wie in Venezuela im Jahr 2002. Weitere Zunahme der Armut jährlich um 6%.

Quelle: BCRP, Weltbank, Regierungsplan Perú Libre, Heritage Foundation, Tax Foundation und IWF. Ausarbeitung Regulación Racional.

1/ nach Comex Einschätzungen

Situation und Entwicklung der bolivianischen Wirtschaft

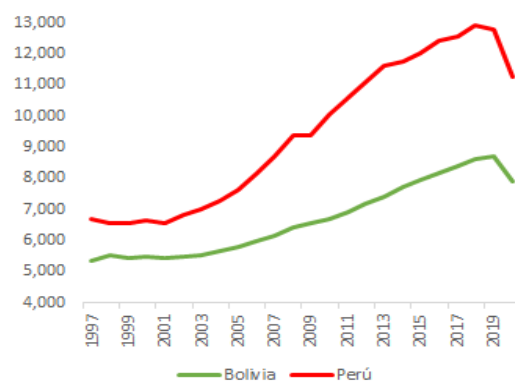
Bolivien gehört zu den wirtschaftlich unterdrückten Ländern und nimmt Platz 172 der Rangliste der Wirtschaftsfreiheit ein. Das Land wählte den politischen Weg des Staatsinterventionismus und der Planwirtschaft mit der Verfassungsänderung von 2009. 2006 verstaatlichte Bolivien den Kohlenwasserstoffsektor, vor allem Erdgas und die strategisch wichtigen Bereiche, während auf die Rohstoffe des Bergbaus eine erhebliche Steuererhöhung von bis zu 50% bei der Gewinnausschüttung erfolgte, ungeachtet der Abbaulizenzen. Gleichzeitig wurden öffentliche Unternehmen ins Leben gerufen. (Uharte, 2017) Diese Maßnahmen erhöhten die Staatsausgaben von 54% des BIP 2006 auf 36% 2020, und auch die Bruttoverschuldung stieg von 54% des BIP auf 67%. Trotzdem konnte Bolivien die jährliche Inflation kontrollieren, die 2020 1% betrug, aber nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds wird die jährliche Inflation 2021 4% betragen.



@regularacional

Bolivien und Peru: reales pro Kopf BIP

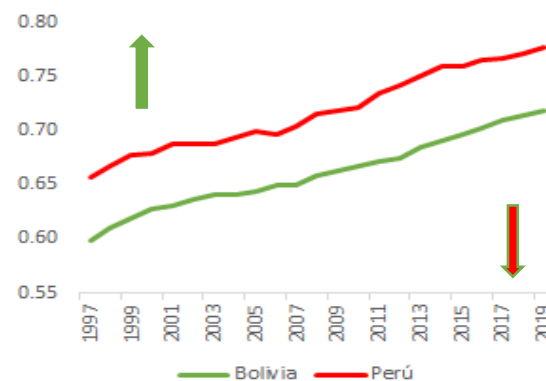
(PPP, USD 2017)



Quelle: Internationaler Währungsfond

Bolivien und Peru: Entwicklungsindex

(1=beste Entwicklung und 0=schlechteste)



Quelle: PNUD *Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen*

Tabelle 2. Pedro Castillo erfüllt seinen Plan der gemäßigten Staatsintervention

Regierungsplan		Unmittelbare Folgen	Wirtschaftsindikatoren
Handelspolitik	Beibehaltung der Freihandelsabkommen, der Pazifik-Allianz und des Transpazifischen Partnerschaftsabkommens, aber mit Begrenzungen der Auslandsinvestitionen.	Verringerung der Marktöffnung und der Auslandsinvestitionen.	Die direkten Auslandsinvestitionen gehen von 4% des BIP 2019 auf 2% im Jahr 2026 zurück, und die Öffnung des Handels von 47% 2019 auf 37% 2026. Eine ähnliche Situation wie unter der Regierung von Ollanta Humala, als die direkten Auslandsinvestitionen 2011 von 7% des BIP auf 3,5%



@regularacional

			in 2016 fielen und die Öffnung des Handels in denselben Jahren von 55% auf 45% zurückging.
Finanz- u/o Währungs-politik	Unternehmerstaat: Die Verstaatlichung u/o Nationalisierung einiger Wirtschaftsbereiche	Gründung von öffentlichen Unternehmen, die keinen Gewinn erarbeiten und die Staatsausgaben erhöhen. Produktivitätsverlust.	Die Staatsausgaben über-treffen 20% des BIP und erreichen schrittweise den Stand von Bolivien mit 26% des BIP bis 2026.
	Zunahme der öffentlichen Ausgaben für Bildung und Gesundheit durch eine umsichtige Finanzpolitik.	Zunahme des Fiskaldefizites und der öffentlichen Schulden wie in Argentinien, Verbesserung der Bildung und des Gesundheitswesens wie in Bolivien, wobei die Ausgaben aber unproportional sind, da Castillo keinerlei Reformen zur Leistungs- und Qualitätsverbesserung dieser Bereiche vorschlägt.	Das Fiskaldefizit erhöht sich 2020 um 8% auf 11% in 2021, eine Zunahme von 3% ähnlich wie 2007 in Bolivien, und auch weiterhin knapp zweistellig.
	Stärkung der Sozialprogramme		Die Bruttoverschuldung als Teil des BIP übersteigt 30% und beschleunigt das Anwachsen der Schuld auf 67% des BIP wie in Bolivien.
	Die Zentralbank behält ihre Autonomie und es wechselt der Vorstand.	Inflationsdruck bei kontrollierter Inflation	Die Inflation übersteigt die Grenzwerte und hält sich in kontrollierbarem Rahmen, jedoch über den 3% Boliviens.
Rechtliche Regelung	Wettbewerb: Privatmonopolverbot	Es kommen keine privaten Investitionen ins Land und es entsteht ein Schwarzmarkt.	Die Privatinvestitionen fallen von 16% auf 7,6% in 2026, ähnlich dem bolivianischen Durchschnitt für die Zeit 2009-2019.
	Steuerlast: Schrittweise Erhöhung der Einkommenssteuersätze und Wegfall der Steuererleichterungen	Steuersätze für transnationale Bergbaufirmen wie in Bolivien.	Die Einkommenssteuer in Bolivien beträgt 25% plus 12,5% auf den Gewinntransfer und weitere 12,5% auf außerordentliche Erträge, insgesamt 50% der Steuer, (Lizenzgebühren nicht mit



@regularacional

			eingeschlossen), also mehr als die 47% in Peru (Lizenzgebühren inklusive). Boliviens höchste Steuereinnahmen lagen 2014 bei 40% des BIP und fielen dann 2019 auf 28% des BIP.
	Beschäftigung: Zunahme der Arbeitsmarktstarrheit	Perus Index der Beschäftigungsfreiheit sinkt.	Langsamer Rückgang der Arbeitslosenzahlen. 2021 fällt die Arbeitslosigkeit auf 9,7% und hält sich 2026 bei 7%.
	Der Staat reguliert, greift aber nicht ein.	Peru fällt in der Rangliste der Wirtschaftsfreiheit.	Während der neuen Amtszeit erhöht sich das BIP von Peru auf 4,7%, ähnlich dem Durchschnitt der Humala Regierungszeit (2011-2016). Weiterer Rückgang der Armut um 1% jährlich. Verlangsamung des Wirtschaftsaufschwungs.

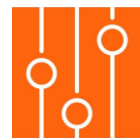
Quelle: BCRP , Weltbank, Heritage Foundation, Tax Foundation und IWF. Ausarbeitung Regulación Racional.

Schlussfolgerungen:

Unter einer möglichen Regierung von Perú Libre mit einem radikalen Interventionismusmodell wie in Venezuela und angenommen, das pro Kopf-BIP fiele jährlich um 8% (durchschnittlicher pro Kopf-Rückgang des BIP in Venezuela in den Jahren 1999 – 2019), würde Peru 5 ½ Jahre brauchen, um den Stand des pro Kopf-BIP Venezuelas von vor der Pandemie zu erreichen. Das heißt, die gesamte Amtszeit von Pedro Castillo.

Wirtschaftlich betrachtet bedeutet diese Situation den totalen Verlust der Produktivität, und um ihn wieder aufzuholen müsste der Bevölkerung das Arbeiten sozusagen erst wieder beigebracht werden.

Aus sozialer Sicht beinhaltet das pro Kopf-BIP, dass die Armut um 49% zunimmt und 73% erreicht, oder dass schlimmstenfalls sogar 96% der Bevölkerung von Armut betroffen sind wie 2019 in Venezuela, so das Ergebnis von Encovi, der Umfrage zu Venezuelas Lebensbedingungen, was auch einen Rückfall im menschlichen Entwicklungsindex auf 0,711 Punkte bedeutet, den Stand Perus von 2007, also ein Rückfall um 14 Jahre. Was die chronische Unterernährung an der Körpergröße gemessen betrifft, so liegt die Ziffer für 2019 bei 30% in Venezuela (Haiti: 22%, Guatemala: 46,7%), deren Folgen möglicherweise irreparabel sind.

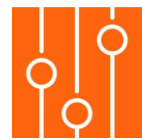


@regularacional

In einem anderen Szenario, falls Pedro Castillo seine Regierungspläne nicht vollständig durchführt und dem Weg Boliviens folgt, gäbe es ein geringeres Wirtschaftswachstum als das vom IWF prognostizierte (4% gegen 8%), was keine Hilfe bei der Bekämpfung der Armut wäre. Außerdem beinhaltet diese Wirtschaftsentwicklung beträchtliche Risiken, falls es zu einer Schuldenhöhe und einem Fiskaldefizit wie in Bolivien kommen sollte, denn Peru könnte: (i) Default-Werte erreichen, also zahlungsunfähig werden, (ii) um Schuldenerlass bitten (wie Bolivien), was eine spätere Schuldenaufnahme erschweren würde, (iii) die Steuern erhöhen und die Mittelschicht der Bevölkerung belasten wie in Kolumbien, (iv) geldpolitisch das Ungleichgewicht ausgleichen und Hyperinflationsphasen verursachen. Ein Wirtschaftswachstum, das hinter den Prognosen zurückbleibt und so vielen Risiken ausgesetzt ist, ist definitiv nicht empfehlenswert.

Bibliographie:

- Abuelafia, E., Saboin, J.L. (2020). Los desafíos para la recuperación de Venezuela y el impacto del COVID-19. *Banco Interamericano de Desarrollo*.
[Die Herausforderungen beim Aufbau Venezuelas und der Einfluss von COVID-19]
Interamerikanische Entwicklungsbank
- Banco Central de Reserva del Perú. (2021) *Peruanische Zentralbank*
<https://estadisticas.bcrp.gob.pe/estadisticas/series/index>
- Banco Mundial. (2021) <https://datos.bancomundial.org/> *Weltbank*
- Fondo Monetario Internacional. (2021) <https://www.imf.org/en/Data> Internationaler Währungsfond (IWF)
- Heritage Foundation. (2021) <https://www.heritage.org/index/>
- Plan de Gobierno de Perú Libre. *Regierungsprogramm Perú Libre*
<https://declara.jne.gob.pe/ASSETS/PLANGOBIERNO/FILEPLANGOBIERNO/16542.pdf>
- Plan de Gobierno de Fuerza Popular. *Regierungsprogramm Fuerza Popular*
<https://declara.jne.gob.pe/ASSETS/PLANGOBIERNO/FILEPLANGOBIERNO/16490.pdf>
- Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo (PNUD). *Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen* <http://hdr.undp.org/en/data>
- Tax Foundation <https://taxfoundation.org/publications/corporate-tax-rates-around-the-world/>
- Uharte, L.M. (2017). Una década del gobierno del M.A.S. en Bolivia: un balance global. *Revista Castellano-Manchega de Ciencias Sociales*, núm. 22, pp. 131-148



@regularacional

[Zehn Jahre MAS-Regierung in Bolivien: eine Schlussfolgerung. Zeitschrift Castellano-Manchega für Sozialwissenschaften, Nr. 22, 131-148]

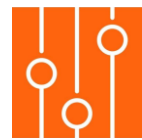
Anhang:

Kurzzusammenfassung des Regierungsprogramms von Fuerza Popular

- Außenpolitik: Beibehaltung
- Finanz- u/o Währungspolitik:
 - Steuerkonsolidierung mit besserer Verwaltung der öffentlichen Ausgaben.
 - Öffentliche Ausgaben für nationale/lokale Vorhaben unter öffentlich-privater Verwaltung.
 - Erhöhung des Finanzkapitals der Landwirtschaft durch die Agrarbank und Cofide.
 - Erhöhung der Gesundheitsausgaben um 1 Prozentpunkt des BIP pro Jahr bis 2026 (7%).
 - Einführung von Subventionen wie "Techo Propio" (eigenes Dach) zum Wohnungsbau.
 - Öffentlicher Werkhof und Materialdepot.
 - Stärkung der Sozialprogramme.
 - Stärkung des Bonusprogramms zur Verbesserung der Kommunalverwaltungen.
 - Einrichtung des Fonds "Gute Bürgerschaft mit Dienstleistungen" aus dem öffentlichen Haushalt, welcher den gleichberechtigten Zugang zu den genannten Basisdienstleistungen sicherstellen soll.
 - Staatliche Garantien für die Finanzierung der Studienunterstützung.
- Rechtliche Regelung:
 - Wettbewerb: Eintritt von Fintechs in den Finanzmarkt. Zugangsbeschränkungen aufheben, "0-Lizenz für KMUs". Vereinfachung der Verwaltung.
 - Fiskalpolitik: grundlegende Vereinfachung des Abgabensystems, ausgerichtet auf die Durchführbarkeit. Steuervergünstigungen für den Tourismussektor. Sondergesetzgebungen für junge Start-ups, u.a. Null-Steuersätze während der ersten Gründungsjahre.
 - Sektoruell: Vereinfachung der Prozesse für eine optimale Durchführbarkeit im Bergbau. Anti-Dumping Schutzzölle u/o Subventionen und Festlegung der Saisonabhängigkeit der Beiträge oder Importlizenzen für die Landwirtschaft.
- Überprüfung und Aktualisierung der Landbesitztitel.

Kurzzusammenfassung des Regierungsprogramms von Perú Libre

- Außenpolitik:
 - Staat ohne Auslandsverschuldung: Neuverhandlung der Schulden und Abzahlung, um von ihr unabhängig zu sein.
 - Priorisierung der nationalen Nachfrage.
 - Überprüfung der Freihandelsabkommen, der Pazifik Allianz und des Transatlantischen Partnerschaftsabkommens.
- Finanz- u/o Währungspolitik:



@regularacional

- Der Staat als Unternehmer: Verstaatlichung u/o Nationalisierung der strategischen Bereiche (Rohstoffsektor, natürliche Ressourcen, Viehwirtschaft, Kommunikation)
 - 10% des BIP für das öffentliche Bildungswesen, finanziert durch den "neuen" Einkommenssteuersatz und der Internationalen Währungsreserven des Landes.
 - Verdopplung des Gehaltes von tätigen und pensionierten Lehrer/innen.
 - Camisea Gasförderung zur Finanzierung der Bildungsausgaben.
 - 10% des BIP für das Gesundheitswesen.
 - Nationale Fluggesellschaft.
 - Staatliche Regionalkassen.
 - Landwirtschaftshaushalt.
 - Abschaffung von Parallelministerien.
 - Föderaler Staat.
- **Rechtliche Regelung:**
 - Wettbewerb: Verbot der Privatmonopole, nur ein öffentliches Monopol kann die nationalen Interessen vertreten. Preisregulierung der Privatkliniken (einheitlicher Tarif). Stop von unnützligen Programmen. Verbot der Wasserprivatisierung (Wasser- oder Bewässerungskommissionen). Geordnete Förderung des Tourismus.
 - Arbeitsmarkt: Das Gesetz zur Lehrreform außer Kraft setzen. Die Unternehmen in Industrie und Bergbau müssen mindestens 60% regionale Arbeitskräfte beschäftigen. Vermeiden von outsourcing von Arbeitsplätzen und Dienstleistungen, Abschaffung von begrenzten oder unbestimmten Verträgen, der Stundenarbeit, der Kündigung von Müttern. Der Mindestlohn muss mindestens den 20sten Teil des Arbeitgebergehaltes betragen. Stärkung des nationalen Rentensystems und schrittweise Aufhebung des Privatrentensystems.
 - Fiskalpolitik: 70% bis 80% auf die Gewinne transnationaler Unternehmen und Aufhebung von Steuererleichterungen.
 - **Andere:**
 - Die Gewinne der transnationalen Unternehmen in Peru werden in den Gemeinden investiert.
 - Überprüfung der Konzessionsverträge.
 - Überprüfung der staatlichen Werbung in den Medien.
 - Formalisierung der Landbesitztitel.
 - Grund und Boden sind Grundrecht der ländlichen und indigenen Gemeinden.